14. April 1962

An den

Bundesminister des Auswärtigen
Herrn Dr. Gerhard S c h r ö d e r

B o n n

Koblenzer Straße

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Ihr Schreiben vom 11. d.M. erreichte mich gestern mittag. Zu der von Ihnen angeregten Besprechung konnte es gestern oder heute leider nicht kommen.

am 10.4.

Die Berichte von Botschafter Grewe sind am 9. d.M. eingegangen. Es ist für mich schwierig, mich im Laufe weniger Stunden abschließend zu dem Fragenkomplex zu äußern, nachdem die eigentliche deutsche Stellungnahme ohnehin schon abgegangen ist.

Die in der Öffentlichkeit aufgetretenen Zweifel an der amerikanischen Berlin-Politik teile ich nicht. Die Sorge über schwierige, aber gewiß nicht überraschende Entwicklungen dürfte nichts daran ändern, daß wir uns gerade jetzt um eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren amerikanischen Freunden zu bemühen haben. Hierin sind wir sicher einer Meinung.

Von der Weisung an den Botschafter in Washington kann ich nur die Abschnitte I, II, III und VII, mit denen ich weitgehend einverstanden bin. Eine Gesamtbeurteilung müßte sich wohl auf die Erkenntnis stützen, daß die Ende vorigen Jahres vermutete "Isolierung" der Berlin-Frage nicht erreicht worden ist.

Heute möchte ich noch kurz auf folgende Punkte hinweisen:

1) Das Verhältnis zwischen Berlin und der Bundesrepublik bedarf einer deutlichen Unterstreichung, nicht nur wegen der vielzitierten "Lebensfähigkeit", sondern auch wegen der deutschen Rechtslage und

des eindeutigen Willens der betroffenen Bevölkerung.

2) Die vorgesehene internationale Zugangsbehörde darf nicht zu einer Einengung bestehender Rechte führen, sondern sie könnte nur dadurch gerechtfertigt werden, daß dem Grunderfordernis des freien Zugangs besser als bisher entsprochen wird.

3) Wenn an eine Neuformulierung der Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Zugangs gedacht wird, dürfen die Fragen des innerstädtischen Verkehrs in Berlin nicht unerörtert bleiben. Es wäre untragbar, wenn die Reste der Viermächtevereinbarungen auf den Gebieten der Eisenbahn und der Wasserstraßen zu Lasten der Bevölkerung von West-Berlin gehen sollten. Vor allem wäre es auch schwer verständlich, wenn ein westlicher Vorschlag unterbreitet würde, der sich nicht auch auf die Notwendigkeit der Wiederaufnahme eines geordneten Personenverkehrs im gespaltenen Berlin bezöge.

Auf weitere Punkte darf ich zurückkommen, nachdem ich mich mit den Einzelformulierungen vertraut gemacht und sie mit meinen nächsten Mitarbeitern besprochen habe.

Senator Schütz hält sich in den nächsten beiden Wochen in den USA auf. Er steht der Botschaft gern zu Auskünften über spezielle Berliner Fragen zur Verfügung.

Mit den besten Empfehlungen

Ihr